

# Beamtensicherung zwischen Beihilfe und Krankenversicherung

von

Dr. Walter Leisner

o. Professor des öffentlichen Rechts an der Universität  
Erlangen-Nürnberg

Verlag Franz Vahlen München 1978

# Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| A. Die Kritik am gegenwärtigen Beihilfesystem – Einführung der Gesetzlichen Krankenversicherung für Beamte? . . . . .                                  | 1  |
| I. Die wichtigsten Probleme des Beihilferechts . . . . .   | 1  |
| II. Beihilfenregelung durch Verwaltungsvorschriften? . . . . .   | 4  |
| 1. Die h. L.: Keine Notwendigkeit der Ausgestaltung durch Rechtsnormen . . . . .   | 4  |
| 2. Die Berechtigung der These von der Notwendigkeit normativer Ausgestaltung der Beihilfen . . . . .   | 4  |
| 3. Die bedenkliche sozialrechtliche Begründung . . . . .   | 7  |
| III. Unzulängliche Beihilfesätze . . . . .   | 8  |
| 1. Die Kritik an den Beihilfesätzen für beamtenrechtliche Versorgungsempfänger . . . . .   | 8  |
| 2. Die beamtenrechtliche und sozialrechtliche Begründung der Rechts- (Verfassungs-)Widrigkeit der Beihilfenregelung für Versorgungsempfänger . . . . . | 9  |
| IV. Zusammenwirken von PKV und Beihilfen – Die „Übererstattung“ . . . . .  | 12 |
| 1. Die Möglichkeit der „Übererstattung“ . . . . .  | 12 |
| 2. Übererstattung – ein Problem in Grenzen . . . . .   | 14 |
| <br>   |    |
| B. Übernahme der Beamten in die Gesetzliche Krankenversicherung? . . . . .   | 17 |
| I. Die Vorschläge zur Einbeziehung der Beamten in die GKV . . . . .  | 17 |
| 1. Die Entwicklung der Sozialversicherung – Die Beteiligung der Dienstherren an den Beiträgen . . . . .  | 17 |
| 2. Rückkehr zur Beihilfefähigkeit der Versicherungsaufwendungen? . . . . .   | 19 |
| 3. Die These von der Zulässigkeit der Einbeziehung der Beamten in die GKV . . . . .  | 21 |
| II. Alimentation und Beihilfen – Besoldung als soziale Grundsicherung . . . . .  | 22 |
| 1. Die Alimentationsverpflichtung des Dienstherrn als „globale Gegenleistung“ . . . . .  | 22 |
| 2. Die Folgerung: Amtsgemäße Alimentation . . . . .  | 24 |

|   |    |
|---|----|
| 3. Die Beihilfen als Teil der Alimentation – Amtsgemäße Gestaltung . . . . .  | 25 |
| III. Die Beamtenbesoldung als Grundlage der Krankenversorgung durch den Dienstherrn – Versicherung als Primär-, Beihilfe als Sekundärvorsorge . . . . . | 29 |
| 1. Krankenvorsorge durch Besoldung . . . . .  | 29 |
| 2. Die zumutbare Selbstvorsorge und die Versicherungsfreiheit des Beamten . . . . .   | 32 |
| 3. Versicherung als Primärvorsorge . . . . .  | 35 |
| IV. Die Stellung von PKV und GKV und der bei ihnen versicherten Beamten in diesem Vorsorgesystem . . . . .  | 37 |
| 1. Freie Krankenvorsorge der Beamten und „grundsätzlich private Versicherung“ . . . . .   | 37 |
| 2. Die Nicht-Beihilfefähigkeit der GKV-Sachleistungen . . . . .   | 38 |
| 3. Zuschüsse zu den Krankenversicherungsbeiträgen der GKV für Beamte? . . . . .   | 40 |
| 4. Vertrauensschutz der freiwillig in der GKV versicherten Beamten? . . . . .   | 41 |
| V. Die Legitimation des Beihilfesystems aus dem Beamtenstatus . . . . .   | 43 |
| 1. Beihilfen – ein Verstoß gegen das Vollsicherungsprinzip im Beamtenrecht? . . . . .   | 43 |
| 2. Das Beihilfesystem – ein sachgerechtes Element in der Vollsicherung der Beamtenalimentation . . . . .  | 45 |
| 3. Die staatsgewährte Beihilfe – Ausdruck der Einheit des Beamtenstatus . . . . .   | 48 |
| 4. Die Vorsorgefreiheit des Beamten als wichtiger Freiheitsraum und als Sozialmodell . . . . .  | 51 |
| VI. Sicherungsergänzung durch Beihilfen als „hergebrachter Grundsatz“ – Zulässigkeit von GKV-Zwang für Beamte? . . . . .                                | 53 |
| 1. Die h. L.: Krankenvorsorge durch ergänzende Beihilfen als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamten­tums . . . . .                                   | 53 |
| 2. Verfassungswidrigkeit jeder sozialversicherungsrechtlichen Lösung . . . . .  | 57 |
| 3. Insbesondere: Unzulässigkeit der Einräumung eines Wahlrechts zwischen Beihilfen und GKV-Beitragszuschüssen . . . . .                                 | 57 |

|  |        |
|--|--------|
| <i>C. Die Einbeziehung der Beamten in die GKV in versicherungsrechtlicher Sicht</i> . . . . .  | 61     |
| I. Unvereinbarkeit einer Einbeziehung der Beamten in die GKV mit den Grundprinzipien der Sozialversicherung .                        | 61     |
| 1. „Schutzbedürftigkeit“ der Beamten? . . . . .  | 61     |
| 2. Zwangsversicherung der Beamten als Verstoß gegen das Sozialversicherungs-Verfassungsprinzip der „homogenen Solidarität“ . . . . . | 65     |
| 3. Unvereinbarkeit einer sozialen Beamtenversicherung mit der „Ausgleichsfunktion“ der GKV . . . . .                                 | 70     |
| II. Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte und Private Krankenversicherung . . . . .   | 72     |
| 1. Beamten-Sozialversicherung – Veränderung der bipolaren Versicherungsverfassung . . . . .  | 72     |
| 2. Eingriff in die Rechte der PKV durch Sozialversicherung der Beamten . . . . .   | 76     |
| a) Grundrechtsschutz der PKV gegen staatliche Hoheitsmaßnahmen . . . . .   | 76     |
| b) Berufs- und Gewerbefreiheit . . . . .   | 78     |
| c) Die Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten – Indiz für einen „Beruf des Beamtenversicherers“ . . . . .                              | 80     |
| d) Eigentumsfreiheit . . . . .   | 83     |
| e) Wettbewerbsfreiheit . . . . .   | 84     |
| <br><i>Zusammenfassung der Ergebnisse</i> . . . . .  | <br>87 |